

Prof. Dr. Bernd Jöstingmeier

Initiative Meinungsfreiheit

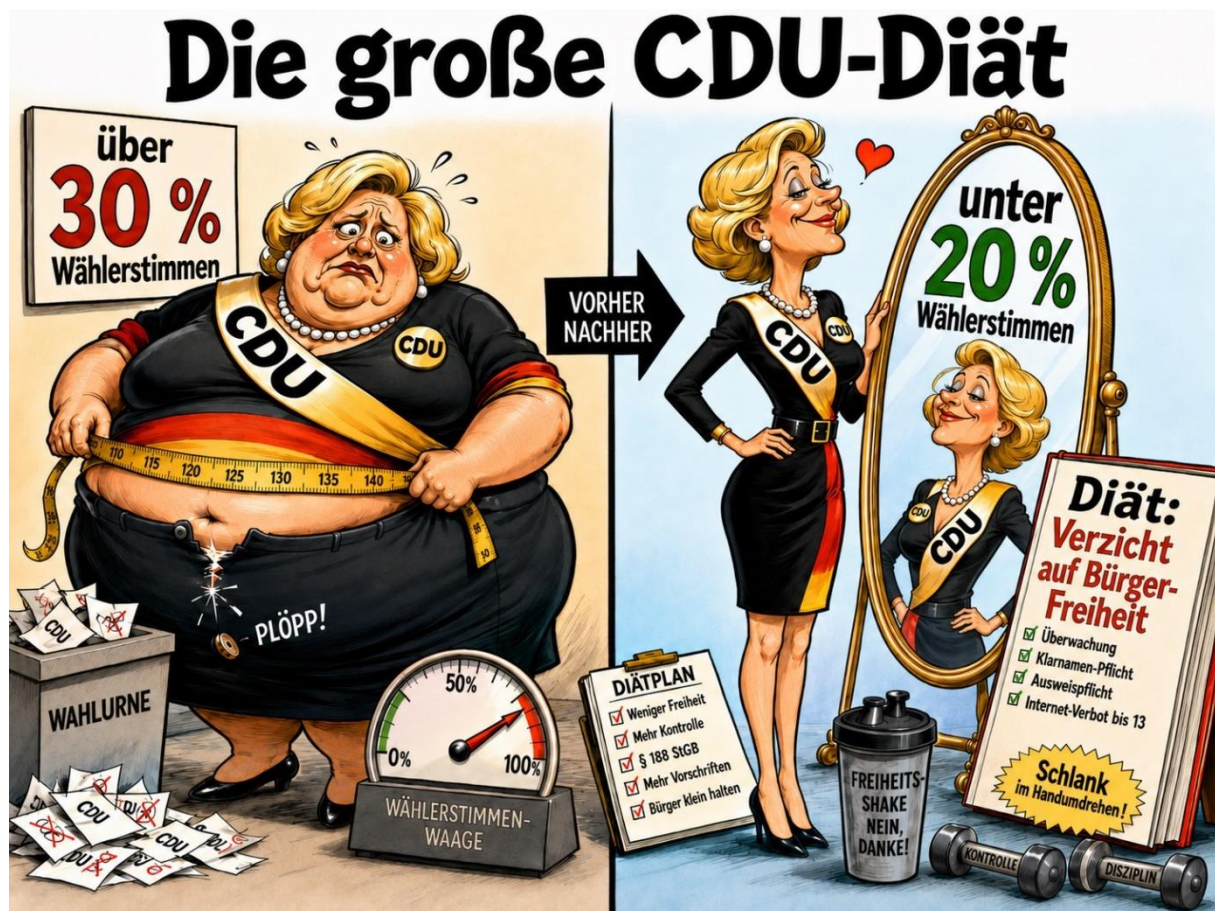
www.Deutschland-Meinungsfreiheit.de

Denkanstoß zur Diskussion



Danke, Frau Prien! (Satire)

Eine Satire über die 56 Empfehlungen der „Experten“-Kommission und die Pläne der Familienministerin



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Die Familienministerin möchte das Bürgerliche Gesetzbuch ändern, das Jugendamt für zu viel Bildschirmzeit zuständig machen und Kinder mit Identitätsprüfung und Altersüberprüfung erst ab 13 in soziale Netzwerke lassen. Jedes Lob in diesem Text ist selbstverständlich ernst gemeint.

Danke, Frau Prien, für Ihren mutigen Vorschlag, die Eltern endlich ein Stück weit zu entmündigen! Schritt für Schritt nehmen wir den Bürgern ein paar lästige Rechte ab, reglementieren die Familie gesetzlich und setzen – ganz nebenbei – in besonders extremen Fällen auch mal das Jugendamt ein, wenn Kinder ein Smartphone zu lange in der Hand haben. [\[1,11\]](#)

Sie haben angekündigt, die Ergebnisse Ihrer „Experten“-Kommission umzusetzen – inklusive einer Verankerung der „digitalen Vernachlässigung“ im BGB. Großartig. Denn „Experten“ haben ja immer Recht. Gerade „Experten“ für Kindererziehung und Schulpädagogik haben über die Jahrzehnte bewiesen, dass sie viel besser als ein paar Millionen Eltern wissen, was gut für Kinder ist. [\[1,2,5\]](#)

„Experten“ irren sich nie – ein kleiner historischer Rückblick

Werfen wir doch einen liebevollen Blick auf frühere „Experten“-Empfehlungen zur Kindererziehung:

Denken wir an die Lobotomie: Für besonders widerspenstige Kinder empfahlen „Experten“ den **Einstich durch die Augenhöhle ins Gehirn** mehrere Jahre lang als seriöse Therapie. Dass dabei einige Kinder schwerstbehindert wurden, war natürlich ein Problem. [\[20\]](#)

„Experten“ rieten, Babys zum Schlafen auf den **Bauch** zu legen. Schade, dass dadurch mehr Säuglinge starben. „Experten“ warnten, man dürfe Babys nicht zu oft hochnehmen, sonst „verwöhne“ man sie. „Experten“ empfahlen Füttern mit Babybrei streng nach Uhrzeiten statt Stillen – dieser Unsinn schadete der Entwicklung der Kinder. „Experten“ sagten, Kinder sollten dazu gezwungen werden, den Teller stets leer zu essen – schade um die vielen übergewichtigen Kinder. „Experten“ priesen schräge Babyschlafplätze und Schlafpositionierer als besonders sicher an – bis sie in den USA per Gesetz verboten wurden.

„Experten“ erzogen linkshändige Kinder auf rechts um – deshalb litten viele betroffene Kinder unter Stress, Schreibproblemen und Sprachproblemen. Später empfahlen „Experten“ die antiautoritäre Erziehung – manche Kinder lernten dadurch keine Regeln.

„Experten“ erfanden das „**Schreiben nach Gehör**“ – Kinder sollten erst einmal munter falsch schreiben, Korrektur galt als Spaßbremse. Eine Bonner Studie kam später zum überraschenden Ergebnis, dass die frühere Lernweise zu besserer

Rechtschreibung führte. ^[17] „Experten“ verkürzten das Gymnasium von neun auf acht Jahre – mehr Stress, weniger Freizeit, volle Wartezimmer in psychotherapeutischen Praxen; etliche Länder kehrten zu G9 zurück. ^[18]

Wir sehen: „Experten“ haben immer Recht. Und so wird es ganz bestimmt auch mit den 56 Empfehlungen Ihrer Kommission sein, Frau Prien. Dass der Deutsche Ethikrat sich vorab gegen ein gesetzliches Mindestalter für soziale Netzwerke ausgesprochen hat und andere Fachleute bessere Möglichkeiten sehen – egal. ^[5,14]



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Unser persönliches Geständnis: Schuldig im Sinne der Anklage

Erlauben Sie uns ein Geständnis. Meine Frau ist Ausländerin, unser kleiner Sohn hatte eine verzögerte Sprachentwicklung – er konnte oder wollte einfach nicht reden. In dieser Lage haben meine Frau und ich uns schwer schuldig gemacht: Mit **zwei Jahren** durfte er fröhliche YouTube-Kinderfilme über das Alphabet ansehen. Und siehe da – mit drei konnte er das Alphabet, obwohl er sonst noch kaum sprach. Dann kamen die Zahlen, ebenfalls per YouTube-Videos. Auch die lernte er spielerisch.

Erst mit vier konnte er sprechen. Er nutzte Computer, Smartphone und Tablet – weit länger als die von „Experten“ empfohlenen Minuten. Natürlich spielte er auch im Garten, baute Lego und bastelte im Kindergarten. Aber die YouTube-Filme trugen Früchte: Meine Frau übte anschließend mit ihm das Rechnen.

In unserer sehr guten Grundschule – die erste und zweite Klasse sitzen jeweils gemeinsam in einem Raum – passte er einfach bei den Zweitklässlern auf, weil er Buchstaben und Zahlen längst kannte. Zum Ende des ersten Schuljahres bot die Lehrerin ihm an, die zweite Klasse zu überspringen.

Frau Prien und ihre „Experten“-Kommission könnten genau solche Förderungen zukünftig erschweren – argwöhnisch könnten Ärzte und Jugendamt bespitzeln, ob kleine Kinder zu viele kostenlose Lernvideos ansehen dürfen. Das wäre dann ja die „digitale Vernachlässigung“ von Kindern. Meine Frau hätte unserem Sohn das Alphabet stattdessen in damals gebrochenem Deutsch mit falscher Aussprache beibringen müssen, denn ich war beruflich sehr beschäftigt. Wahrscheinlich hätte der Junge ohne die lustigen Effekte der Videos dankend abgewinkt.

Wir bekamen an der Schule die Empfehlung, eine falsche Schreibweise von Kindern möglichst nicht zu korrigieren, damit diese nicht den Spaß am Schreiben verlieren. Wir haben uns nicht daran gehalten. Natürlich haben wir unseren kleinen Sohn sehr gelobt, wenn er etwas geschrieben hat, aber wir haben auch freundlich auf kleine Schreibfehler aufmerksam gemacht, wobei das Lob stets im Vordergrund stand.

Und dann hat meine Frau unseren Sohn auch noch sehr lange nach Belieben mit dem Smartphone Wortfindungs-Spiele durchführen lassen, die ihm großen Spaß gemacht haben. Teilweise hat sie es auch zusammen mit ihm am Smartphone gespielt. So wurde er in der Rechtschreibung immer besser. Das lange Spielen am Smartphone ist für einen Erstklässler aus der Sicht von „Experten“ natürlich ein schlimmer Fehler.

Dann gab es in der Grundschule einen Rechtschreibtest. Die Klassenlehrerin hat mir als Vater das fehlerlose Ergebnis persönlich gezeigt und dazu gesagt, dass sie noch nie erlebt hat, dass ein Kind in diesem Test keinen einzigen Rechtschreibfehler gemacht hat. Wow! Wir Eltern hatten wirklich alles falsch gemacht. Wir lassen unseren Sohn mit Computer, Smartphone und Tablet Lernspiele machen und Kinderfilme anschauen. Frau Prien und ihre „Experten“ bezeichnen das wohl als „digitale Vernachlässigung“ von Kindern: Schuldig, Euer Ehren!

Im Hinblick auf zukünftige Gesetzesänderungen möchten wir gleich darauf hinweisen, dass wir als Eltern uns schuldig gemacht haben, ein hochbegabtes Kind mit elektronischen Mitteln besonders zu fördern. Unser Kind ist gesund und fröhlich, er spielt mit anderen Kindern im Garten und auf dem Spielplatz. Gesunde Ernährung

ist für uns eine Priorität. Aber die „digitale Vernachlässigung“, mit der Kinder extrem viel in kurzer Zeit lernen können, ist natürlich ein schlimmer Fehler.

Und es geht noch weiter: seit zwei Jahren lernt unser kleines Kind mit „Fritz und Fertig“ auf dem Computer Schach. Es begeistert ihn. Manchmal spielt er stundenlang am Computer.

Kurz zusammengefasst: es ist sehr gut, dass Sie, Frau Prien, als Ministerin verhindern wollen, dass Eltern ihre Kinder mit elektronischen Mitteln so gut fördern, wie sie können. Es ist ja viel besser, wenn alle Kinder durchschnittlich schlecht und normal bleiben.

Mit Fug und Recht setzen Sie sich dafür ein, dass unsere Kinder bei Pisa-Studien weiterhin schlecht abschneiden.



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Ganz ohne Satire dagegen die große Ausnahme: ein bundesweites Handyverbot an Schulen bis einschließlich Klasse sieben, auch in den Pausen, macht wirklich Sinn. Denn wenn die Kinder schon zuhause mit elektronischen Hilfsmitteln lernen, dann

sollten sie sich zumindest an der Schule persönlich unterhalten – der Sozialisationsprozess könnte sonst massiv beeinträchtigt werden. Wir möchten Schüler nicht zu asozialen Menschen mit Rundrücken erziehen. ^[5]

Bürokratieabbau, sehr originell gelöst

Besonders schätzen wir Ihren Einsatz für den Bürokratieabbau, Frau Prien: Sie fordern neue Gesetze, neue Paragraphen und neue Pflichten. Künftig sollen Kinder- und Jugendärzte schon bei der Schuleingangsuntersuchung den „problematischen Mediengebrauch“ abfragen und thematisieren – mit einem Erhebungsbogen. ^[1,11]

Karin Prien fordert ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche bis 13 Jahre. Dafür werden sich alle Bürger mit Altersverifikation im Internet anmelden müssen.



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Ur. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Ur. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Ur. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Damit die Altersgrenze von 13 auch wirklich greift, brauchen wir natürlich eine flächendeckende Alterskontrolle – per EUDI-Wallet, per Ausweis oder Gesichtsscan für alle. Dass Datenschützer davor warnen und andererseits Australiens Verbot laut

Studie „keine wesentlichen Effekte“ hatte, weil Kinder es schlicht umgehen, soll uns nicht stören.^[15,16,8] Herrlich, wie der **Bürokratieabbau durch zusätzliche Gesetze und überflüssige Regelungen** vorankommt.

Die Einführung einer flächendeckenden Alterskontrolle im Internet über die EUDI-Wallet ist kein Jugendschutz, sondern die technologische Eintrittskarte in ein dystopisches Überwachungsszenario und ein brandgefährliches Sicherheitsrisiko

Wenn jeder Klick im Netz – ob für ein YouTube-Video, ein harmloses Online-Spiel oder Nachrichtenseiten – erst durch ein staatlich zertifiziertes ID-Token freigeschaltet werden muss, bricht das Fundament des freien Internets zusammen.

Die schärfsten und fundiertesten Argumente gegen dieses Vorhaben teilen sich in drei fundamentale Kategorien:

1. Das IT-Sicherheitsdesaster: Die Altersverifikation über eine EU-Software ist optimal für Hacker und Kriminelle

Architektur-Versagen in Rekordzeit: Sicherheitsforscher haben die offizielle EU-Altersverifikations-App, die als technische Speerspitze für das EUDI-System dient, in unter 120 Sekunden komplett ausgehebelt. Lokale PINs, Brute-Force-Schutz und biometrische Schranken wurden ohne Spezialwerkzeug umgangen. (<https://wasacon.com/blog/eu-altersverifikation-app-hack>) (<https://borncity.com/news/eu-altersverifizierungs-app-in-120-sekunden-geknackt/>)

So kommen Hacker und Kriminelle einfach an die Daten von Millionen Bürgern. Wunderbar!

Die EU-Kommission betont, dass es sich bei den gehackten Systemen um frühe Versionen handelte. Da die Software als Open Source bereitgestellt wird, sollen unabhängige Entwickler und "Ethical Hacker" die Lücken bis zum geplanten flächendeckenden Start Ende 2026 finden und schließen.

„Open Source“ ist aus der Sicht von Kriminellen eine sehr gute Lösung. **In der Vergangenheit wurde Open-Source-Software extrem erfolgreich und teils verheerend gehackt.**

Zentrales Angriffsziel für Identitätsdiebstahl: **Die EUDI-Wallet bündelt hochsensible staatliche Daten (Ausweise, Führerscheine, Gesundheitsdaten) an einem Ort.** Ein erfolgreicher Hack bedeutet den potenziellen **Totalschaden für die gesamte digitale Existenz** eines Bürgers. (<https://bmds.bund.de/themen/digitaler-staat/digitale-identitaeten/eudi-wallet>) (<https://elib.uni-stuttgart.de/items/1fcffda4-be9b-47b3-b6e9-643c6491e877>)

Das Unvermeidbarkeits-Paradoxon: Führende IT-Experten warnen eindringlich, dass dieses System über kurz oder lang die Quelle für den **größten Datenleak der europäischen Geschichte** sein wird. Software ist niemals zu 100 Prozent sicher; ein solches System zu erschaffen, ist mehr als fahrlässig. (<https://www.rnd.de/wirtschaft/eu-altersverifikations-app-hacker-zeigen-schwachstellen-auf-PYA43VHHEJFSXL6JKPFO2PJ2R4.html>)

2. Der Datenschutz: Das perfekte Instrument zur Massenüberwachung

De-Anonymisierung des gesamten digitalen Lebens: Netzorganisationen wie [netzpolitik.org] (<https://netzpolitik.org/2024/eudi-wallet-a-wallet-full-of-loopholes/>) warnen, dass die EUDI-Architektur (insbesondere die Protokolle OID4VCI/OID4VP) strukturell so aufgebaut ist, dass sie als Werkzeug zur flächendeckenden, unterschiedslosen Massenüberwachung missbraucht werden kann. (<https://elib.uni-stuttgart.de/items/1fcffda4-be9b-47b3-b6e9-643c6491e877>) (<https://netzpolitik.org/2024/eudi-wallet-a-wallet-full-of-loopholes/>)

Umfassendes Nutzertracking: Auch wenn die Wallet theoretisch nur ein „Ja/Nein“ (über 13 oder unter 13) an die Webseite übermittelt, hinterlässt jede Abfrage einen kryptografischen Fußabdruck. Verbraucherschützer warnen vor **massivem Tracking** (<https://www.heise.de/news/Verbraucherschutz-Warnung-vor-massivem-Tracking-bei-digitaler-EU-Brieftasche-10291508.html>), da sich Verifikationsströme zentral oder beim Aussteller der Attribute (dem Staat) zusammenführen lassen. (<https://www.rnd.de/wirtschaft/eu-altersverifikations-app-hacker-zeigen-schwachstellen-auf-PYA43VHHEJFSXL6JKPFO2PJ2R4.html>)

Verlust des Rechts auf Anonymität: Das Recht, sich im Netz anonym oder unter Pseudonym zu bewegen, wird faktisch abgeschafft. Jede Interaktion erfordert die vorherige digitale Erlaubnis durch eine staatliche App.

3. Unwirksamkeit und Kollateralschäden

Wirkungslosigkeit gegen die Zielgruppe: Kinder und Jugendliche sind technisch versierter als die Gesetzgeber. Wie Studien aus Australien und IT-Analysen zeigen, werden diese Sperren durch VPNs, ausländische Proxy-Server oder das Ausleihen von elterlichen Geräten oder Geräten älterer Geschwister binnen Sekunden umgangen. (<https://www.rnd.de/wirtschaft/eu-altersverifikations-app-hacker-zeigen-schwachstellen-auf-PYA43VHHEJFSXL6JKPFO2PJ2R4.html>)

Ausschluss vulnerabler Gruppen: Ein Zwang zur EUDI-Wallet diskriminiert Menschen ohne modernste Smartphones, Menschen mit Behinderungen oder jene, die aus berechtigter Angst vor staatlicher Verfolgung (z. B. Whistleblower, Journalisten) keine digitalen ID-Spuren hinterlassen möchten. [9, 10]

(<https://paymentandbanking.com/warum-die-neue-eudi-wallet-menschenleben-gefaehrdet/>) (<https://eudi-wallet.gov.de/faq>)

Ethisches Ignoranz-Argument: Zu sagen, dass die nachgewiesene Unwirksamkeit und die Warnungen von hunderten internationalen Forschern „uns nicht stören sollen“, ist eine Bankrotterklärung der Politik. Es ist der Versuch, Überwachungspolitik auf Kosten der verfassungsmäßigen Grundrechte von Millionen Bürgern durchzusetzen. (<https://www.rnd.de/wirtschaft/eu-altersverifikations-app-hacker-zeigen-schwachstellen-auf-PYA43VHHEJFSXL6JKPFO2PJ2R4.html>)

4. Kritik aus den eigenen Reihen

Dass ausgerechnet aus der eigenen Unions-Familie Spielverderber kommen, müssen wir tapfer ertragen: Anja Weisgerber (CSU) hält die BGB-Änderung für überflüssig, weil das Elternrecht ein hohes Gut sei und das Jugendamt bei echter Kindeswohlgefährdung längst eingreifen dürfe. ^[4] Bayerns Digitalminister spottet vom „zahnlosen Verbots-Tiger“. ^[9] In der Unionsfraktion soll bereits der Spitzname „Margot Prien“ kursieren – in Anlehnung an eine bekannte DDR-Bildungsministerin. ^[11] Liebe Frau Prien, lassen Sie sich davon bitte nicht beirren!

Unsere Verbesserungsvorschläge: Bitte noch konsequenter!

Da Sie ja wollen, dass Kinder und Jugendliche bis zum 13. Lebensjahr sich nicht frei über die Medien informieren können, sollten wir konsequenterweise Art. 5 Abs. 1 GG ganz abschaffen. Schließlich steht in diesem Artikel, dass alle Menschen in Deutschland sich ungehindert aus allen allgemein zugänglichen Medien informieren können. Auch Kinder und Jugendliche sind Menschen – aber sie sollen sich nicht mehr frei aus allen Medien informieren können. Also weg mit Art. 5 Abs. 1 GG!

Frau Prien wünscht sich anscheinend eine sozialistische Einheitserziehung der Kinder. Der Staat soll bis ins Kleinste vorschreiben können, wie Eltern ihre Kinder zu erziehen haben. Schließlich gehören die Kinder dem Staat. So könnte es eine staatliche Vorgabe geben, wieviel Minuten die Computernutzung für Kinder in jeweils welchem Alter staatlich erlaubt sind. Damit dies auf keinen Widerstand trifft, sollte konsequenterweise Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“ vollständig gestrichen werden und wie folgt ersetzt werden: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht des Staates und die zuvörderst ihm obliegende Pflicht.“ Bei digitaler Vernachlässigung von Kindern, wenn diese beispielsweise Kinderfilme auf YouTube anschauen, kann dann das Jugendamt einschreiten und die Kinder in spezielle staatliche Kindererziehungsanstalten einweisen.

Kinder und Jugendliche fühlen sich von der Bundesregierung wenig gehört. Deshalb tendieren viele Jugendliche dazu, bei Erreichung des Wahlalters die AfD zu wählen.

Das muss natürlich verhindert werden. Deshalb sollten wir auch diesbezüglich das Grundgesetz ändern. Da das Bundesverfassungsgericht sich offensichtlich sträuben könnte, die AfD zu verbieten, sollten wir Artikel 21 Absatz 4 GG so ändern, dass die **Bundesregierung** die AfD verbieten kann. Dadurch könnten wir auch schnell die Demokratie auflösen.

Das Ergebnis könnten wir dann leider nicht mit „Deutsche Demokratische Republik“ (DDR) bezeichnen, weil dieser Name ja bereits historisch verwendet wurde. Aber wir könnten unsere Diktatur dann als **„Unsere Demokratische Republik“ (UDR)** bezeichnen. Das passt gut und macht Sinn.

Was machen wir nur mit den Erwachsenen? Auch von diesen wollen immer mehr Menschen die AfD wählen. Die Europäische Kommission hat hierfür bereits eine gute Idee: Für alle Medien, die nicht auf Regierungslinie liegen, soll die Reichweite gedrosselt werden. Die Europäische Kommission kann die großen Internet-Plattformen und die großen sozialen Netzwerke mit Gesetzen wie dem Digital Services Act dazu zwingen. Gute Idee! So kann die Pressefreiheit formal aufrechterhalten werden: **NIUS, Apollo News, Tichy's Einblick etc.** dürfen weiter publizieren und veröffentlichen – es bekommt nur niemand mehr zu sehen. Dadurch können wir die Pressefreiheit vernichten, ohne dass es jemand merkt.

Außerdem werden angebliche und selbst ernannte „Faktenchecker“ mit Millionen Euro Steuergeld unterstützt, damit sie regierungsfeindliche Meinungen als „falsch“ markieren. Eine wunderbare Idee!

Praktisch wäre in diesem Zusammenhang auch der Verzicht auf den Grundsatz „Gleiches Recht für alle“. Die Kinder der Regierungsmitglieder können ja trotzdem weiterhin die elektronischen Medien beliebig nutzen, weil diese sicher keinen Besuch vom Jugendamt erhalten. Das wäre dann genauso wie damals während der Corona-Pandemie, als Regierungsmitglieder und alle anderen Fluggäste im Regierungsflugzeug keine Masken tragen mussten, obwohl in allen anderen Flugzeugen die Maskenpflicht bestand. Dies schafft Rechtssicherheit für die Bevölkerung: die Gesellschaft teilt sich dann wieder wie im Mittelalter in eine Oberschicht und eine Unterschicht auf. Wie in George Orwells „Animal Farm“ gibt es dann wieder Mitglieder der Gesellschaft, die „gleicher“ sind als andere.

Informationsfreiheitsgesetz

Eine weitere wunderbare Idee der Bundesregierung: Das Informationsfreiheitsgesetz soll nicht mehr von Medienhäusern und Redaktionen genutzt werden können, damit Regierungsskandale nicht mehr aufgedeckt werden können.

Sollten doch Regierungsskandale aufgedeckt werden, sollen in den Unterlagen alle Namen von Ministern und ihren Mitarbeitern etc. geschwärzt werden, damit die Opposition möglichst keine Möglichkeit zur Kritik bekommt.

Liebe Frau Priem, Sie sind auf dem richtigen Weg! Es ist auch eine Art Diät-Programm für die CDU. Früher war die Partei einfach zu üppig – hohe Ergebnisse wie 48,8 Prozent für die CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1983, fast schon peinlich! Mit der konsequenten Diät gegen Freiheitsrechte, Elternrechte und Kinderrechte wird die Union schön schlank; ein Ergebnis weit unter 20 Prozent ist erreichbar. Das wird ein großer Erfolg auch Ihrer Politik sein, liebe Frau Priem! Eine gute Diät und eine massive Reduktion von Wählerstimmen ist keine Selbstverständlichkeit! Herzlichen Glückwunsch, dass Sie diesen Weg weiterhin konsequent beschreiten.

Die Zensur muss intensiviert werden

Die Landesmedienanstalt NRW geht hier mit gutem Beispiel voran. Sie hat Ben Berndt zur Nach-Zensur nicht-straftbarer, legaler Äußerungen von Björn Höcke aufgefordert. Diese Äußerungen sollen aus dem YouTube-Film des Interviews nachträglich herausgeschnitten werden, obwohl sie nicht strafbar und nicht illegal sind. Sehr gut!

**EINHALTUNG DER JOURNALISTISCHEN SORGFALT IN
TELEMedien NACH § 19 Abs. 1 MStV,
IHRE TELEMedienANGEBOTE:
[HTTPS://WWW.YOUTUBE.COM/@BEN_UNGESKRIPTET](https://www.youtube.com/@BEN_UNGESKRIPTET)
PODCAST {UNGESKRIPTET} - GESPRÄCHE, DIE DICH WEITER
BRINGEN BEI AMAZON MUSIC
{UNGESKRIPTET} - GESPRÄCHE, DIE DICH WEITER BRINGEN |
PODCAST ON SPOTIFY**

Sehr geehrter Herr Berndt,

die Landesanstalt für Medien NRW ist gemäß § 109 Abs. 1 Satz 1, Satz 4 Medienstaatsvertrag (MStV) i. V. m. § 106 Abs. 1 Satz 1 MStV bei Verstößen gegen die journalistische Sorgfalt (§ 19 Abs. 1 MStV) die zuständige Medienanstalt für Angebote, deren Anbieter in Nordrhein-Westfalen ansässig sind.

Außerdem wurde Ben Berndt aufgefordert, Meinungsäußerungen seiner Interviewpartner jeweils „einzuordnen“, sie also im Sinne der herrschenden Meinung während des Interviews zu korrigieren. Auch das ist eine prima Idee! Journalisten sollten ihren Interviewpartnern immer ins Wort fallen und diese entsprechend der

Regierungsmeinung korrigieren, so wie dies in ARD und ZDF üblich und gängige Praxis ist.



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Auch die anderen Landesmedienanstalten sollten diesem guten Vorbild der Zensur folgen. Es darf einfach nicht sein, dass abweichende Meinungen in den Medien veröffentlicht werden.

Der Titel des CDU-Grundsatzprogramms: „In Freiheit leben“

Auch das **CDU-Grundsatzprogramm** war an einem wichtigen Punkt bereits irreführend. Die ersten Worte des Titels sind „**In Freiheit leben**“! Beim Blick in das Grundsatzprogramm zeigt sich jedoch, dass die Freiheit darin viel zu kurz kommt.

Viele Beobachter ahnen, wohin die Reise geht, und warnen vor Bevormundung der Bürger und einem neuen „Schnüffelstaat“. [\[6,10\]](#)

Durch „digitale Vernachlässigung“ zum Milliardär werden – das will Frau Prien mit ihrer „Experten“-Kommission gerne verhindern

Ein letzter, gewichtiger Punkt: Digitale Vernachlässigung kann Kinder später zu Milliardären machen. Auch das wollen wir in Deutschland zu Recht verhindern.

Elon Musk durfte als Kind stundenlang am Computer sitzen, brachte sich mit **zehn** das Programmieren selbst bei und verkaufte mit **zwölf** sein erstes Spiel. Klarer Fall von digitaler Vernachlässigung. Später: PayPal, Tesla, SpaceX, Multimilliardär. So etwas wollen wir in Deutschland nicht.

Bill Gates durfte bereits als Kind stundenlang mit dem Computer spielen. Mit 13 packte ihn die Liebe zum Programmieren so sehr, dass er mit Freunden stundenlang BASIC-Programme schrieb. Das Ergebnis war die Gründung von Microsoft. Er selbst wurde zu einem der reichsten Menschen der Welt. So etwas wollen wir in Deutschland nicht.

Auch Mark Zuckerberg durfte bereits als Kind stundenlang mit dem Computer spielen. Mit **zwölf** richtete er sein erstes Netzwerk ZuckNet ein; zuvor hatte sein Vater frühe PCs gekauft und Mark lernte zu programmieren. Auch dies könnte mit einem neuen Gesetz zu Recht als „digitale Vernachlässigung“ bezeichnet werden. Mark Zuckerberg hat später Facebook gegründet und wurde zum Multimilliardär. So etwas wollen wir in Deutschland nicht.

Jeff Bezos entdeckte seine Leidenschaft für Technik bereits im Alter von zehn Jahren. Er war so fasziniert von Computern und Elektronik, dass er die Garage seiner Eltern in ein Labor verwandelte, um dort mit Robotern und automatischen Alarmanlagen zu experimentieren. Im Jahr 1994 gründete er in seiner Garage den Online-Buchhandel Amazon, den er im Laufe der Jahre zum größten Online-Marktplatz der Welt und zu einem gigantischen Cloud-Computing-Imperium ausbaute, was ihn zu einem der reichsten Menschen der Erde machte.

Larry Page und Sergey Brin wuchsen beide in Familien von Informatikern und Mathematikern auf und spielten schon im Alter von sechs Jahren intensiv mit den Computern ihrer Eltern. Page war als Kind so begeistert von Technik, dass er als erster Schüler seiner Grundschule Hausaufgaben auf dem PC tippte und sogar einen funktionierenden Tintenstrahldrucker aus Lego-Steinen baute. Die beiden lernten sich schließlich während ihres Doktoranden-Studiums an der Stanford University kennen. Dort entwickelten sie gemeinsam eine völlig neuartige Suchmaschine für das Internet, aus der 1998 die Firma **Google** entstand. Ihr genialer Suchalgorithmus revolutionierte die digitale Welt, machte Google zum unangefochtenen Marktführer im Internet und machte beide Gründer zu Tech-Milliardären. Diese Art digitaler Verwahrlosung von Kindern lehnen Frau Prien und ihre „Experten“-Kommission zu Recht ab.

Frau Prien möchte, dass Kinder und Jugendliche bis zum 13. Lebensjahr keinen Zugriff auf soziale Medien haben – manche fordern sogar 16.^[12,13] Sehr gute Idee! So verhindern wir zuverlässig, dass deutsche Kinder mit den Kindern aus den USA mithalten können.

Was sollten wir auch mit all dem Geld machen, das erfolgreiche Unternehmer mit elektronischen Medien verdienen können? Schließlich schwimmen wir durch unser Sondervermögen in Deutschland ja im Geld und haben keinerlei Probleme mit der Finanzierung von Sozialleistungen und der Rente etc. Besondere Leistungen im Bereich elektronischer Medien sind für uns Deutsche einfach überflüssig, da wir Geld wie Sand am Meer haben. Deswegen brauchen wir bei unseren Kindern und Jugendlichen auch keine besonderen Fähigkeiten im Umgang mit elektronischen Medien zu fördern und sollten diese daher so weit wie möglich bis mindestens zum 13. Lebensjahr verbieten. Konsequenterweise sollten wir die Selbstbestimmung der Kinder völlig vernichten und ihnen den freien Zugang bis 16 Jahre auf soziale Medien und Internet-Plattformen vollständig verbieten. Nur so können wir sichergehen, dass der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands auf jeden Fall weitergeht.

Gute Nacht, Deutschland

Ich bin CDU-Mitglied. Wenn Frau Prien und unsere Kollegen weiter diesen Weg gehen – und auch die bereits durch § 188 StGB und den Digital Services Act etc. eingeschränkten Freiheitsrechte nicht wiederherstellen –, dann bleibt am Ende nur ein Dichterwort. Wir können dann gemeinsam mit dem Text von Heinrich Heine eine „**Ode an die verlorene Freiheit**“ singen:

*„Denk ich an Deutschland in der Nacht,
Dann bin ich um den Schlaf gebracht.“*

— Heinrich Heine, Nachtgedanken



Gute Nacht, Deutschland.

Quellenverzeichnis

Die hochgestellten Ziffern im Text sind anklickbar und führen direkt zur jeweiligen Quelle. Die offiziellen Empfehlungen stammen aus dem Bericht der Unabhängigen „Experten“-Kommission; die Einordnung und Kritik aus den unten genannten Medienberichten und Belegen.

- [1] heise online: „Mehr als Mindestalter – Was die Prien-Kommission empfiehlt“ (24.06.2026) <https://www.heise.de/news/Mehr-als-Mindestalter-Was-die-Prien-Kommission-empfiehl-11343053.html>
- [2] Legal Tribune Online: Juristische Presseschau vom 25.06.2026 – „Social Media erst ab 13 Jahren?“ <https://www.lto.de/recht/presseschau/p/presseschau-2026-06-25-social-media-prien-zugbegleiter-tod-prozess-lazio-rom-schwangerschaft>
- [3] Der Tagesspiegel: „Priens Kommission legt Ergebnisse vor – Experten sind gegen hartes Social-Media-Verbot“ (24.06.2026) <https://www.tagesspiegel.de/politik/priens-kommission-legt-ergebnisse-vor-experten-sind-gegen-hartes-social-media-verbot-fur-jugendliche-15750931.html>
- [4] Süddeutsche Zeitung / dpa: „Unionsfraktion gegen BGB-Änderung wegen ‚digitaler Vernachlässigung‘“ – Anja Weisgerber (CSU) <https://www.berliner->

[sonnagsblatt.de/Deutschland/Unionsfraktion-gegen-BGB-Aenderung-wegen-digitaler-Vernachlaessigung--363036.html](https://www.sonnagsblatt.de/Deutschland/Unionsfraktion-gegen-BGB-Aenderung-wegen-digitaler-Vernachlaessigung--363036.html)

- [5] ZDFheute: „Social Media – Prien empfiehlt Verbot für unter 13-Jährige“ (24.06.2026) <https://www.zdfheute.de/politik/social-media-verbot-u13-kommission-prien-100.html>
- [6] Cicero: „Kinder- und Jugendschutz – Eine Versachlichung dieser Social-Media-Debatte ist überfällig“ (25.06.2026) <https://www.cicero.de/kultur/kinder-und-jugendschutz-social-media-kommission>
- [7] Apollo News: „Social-Media-Kommission stellt Bericht vor – Prien will elterliche Medienerziehung gesetzlich regeln“ (24.06.2026) <https://apollo-news.net/social-media-kommission-stellt-bericht-vor-prien-will-elterliche-medienerziehung-gesetzlich-regeln/>
- [8] netzpolitik.org: „Jugendschutz-Empfehlungen – Expert*innen-Kommission schlägt Alternativen zum Social-Media-Verbot vor“ (24.06.2026) <https://netzpolitik.org/2026/jugendschutz-empfehlungen-expertinnen-kommission-schlaegt-alternativen-zum-social-media-verbot-vor/>
- [9] Bayerisches Landesportal: „Dr. Mehring widerspricht Prien – Technischer Jugendschutz statt zahnlöser Verbots-Tiger“ (24.06.2026) <https://www.bayern.de/dr-mehring-widerspricht-prien-bei-social-media-verbot-technischer-jugendschutz-statt-zahnlöser-verbots-tiger/>
- [10] The Pioneer: „Social Media – Die umstrittenen Vorschläge der Karin Prien“ (24.06.2026) <https://www.thepioneer.de/originals/others/articles/social-media-verbot-altersgrenze-karin-prien-jugendschutz-cdu-union>
- [11] NIUS Live: „CDU-Ministerin Prien – Zu viel Handy und das Jugendamt klingelt“ (25.06.2026) https://www.youtube.com/watch?v=EBgyLP_NZZQ
- [12] Reuters: „German expert panel suggests social media ban for under-13s“ (24.06.2026) <https://www.reuters.com/world/german-expert-panel-suggests-social-media-ban-under-13s-2026-06-24/>
- [13] Welt / dpa: „Social Media – Prien für 13 als gesetzliche Altersgrenze“ (24.06.2026) <https://www.welt.de/article6a3bab41113e90346dc4ac09>
- [14] Welt / dpa: „Social-Media-Altersgrenze 13? Experten sehen bessere Hebel“ (25.06.2026) https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/wissenschaft_nt/article6a3c6fe6113e90346dc4ba9a/social-media-altersgrenze-13-experten-sehen-bessere-hebel.html
- [15] The Guardian: „Australia under-16 social media ban had no substantial effects, study finds“ (24.06.2026) <https://www.theguardian.com/media/2026/jun/24/australia-under-16-social-media-ban-no-substantial-effects-study>
- [16] Le Monde: „Why widespread age verification raises concerns among digital rights advocates“ (13.08.2025) https://www.lemonde.fr/en/pixels/article/2025/08/13/why-widespread-age-verification-raises-concerns-among-digital-rights-advocates_6744321_13.html

- [17] Universität Bonn: „Die ‚Fibel‘ führt zu besserer Rechtschreibung“ – zur Methode ‚Lesen durch Schreiben‘ (2018) <https://www.uni-bonn.de/de/universitaet/presse-kommunikation/presseservice/archiv-pressemitteilungen/2018/237-2018>
- [18] Kultusministerkonferenz: „Beschllossene Strukturreformen im Schulbereich“ (G8 / Rückkehr zu G9), 2024
https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Schulstruktur-reformen_2024.pdf
- [19] SWR Kultur Archivradio: „Prügelstrafe an Schulen – die Debatte über die Abschaffung“ <https://www.swr.de/swrkultur/wissen/archivradio/pruegelstrafe-an-schulen-rheinland-pfalz-diskutiert-ueber-abschaffung-100.html>
- [20] Wikipedia: „Lobotomie“ <https://de.wikipedia.org/wiki/Lobotomie>
- [21] Bundesministerium (BMBFSFJ): „Unabhängige Expertenkommission – Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“
<https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/themen/kinder-und-jugend/expertenkommission-kinder-und-jugendschutz-in-der-digitalen-welt>

Weitere Quellen:

- (<https://wasacon.com/blog/eu-altersverifikation-app-hack>)
- (<https://borncity.com/news/eu-altersverifizierungs-app-in-120-sekunden-geknackt/>)
- (<https://bmds.bund.de/themen/digitaler-staat/digitale-identitaeten/eudi-wallet>)
- (<https://elib.uni-stuttgart.de/items/1fcffda4-be9b-47b3-b6e9-643c6491e877>)
- (<https://www.rnd.de/wirtschaft/eu-altersverifikations-app-hacker-zeigen-schwachstellen-auf-PYA43VHHEJFSXL6JKPFO2PJ2R4.html>)
- (<https://netzpolitik.org/2024/eudi-wallet-a-wallet-full-of-loopholes/>)
- (<https://eudi-wallet.gov.de/faq>)
- (<https://www.heise.de/news/Verbraucherschutz-Warnung-vor-massivem-Tracking-bei-digitaler-EU-Brieftasche-10291508.html>)
- (<https://paymentandbanking.com/warum-die-neue-eudi-wallet-menschenleben-gefaehrdet/>)

In dieser Reihe sind bereits folgende Artikel erschienen:

Nr.	Titel	Link
1	Erlaubte Meinung: Wir lehnen Zensurwünsche ab! Die Pressefreiheit gilt vollständig – auch für neue Medien wie NIUS, Apollo News und andere. Und: Warum ein Social-Media-Verbot bis 16 und eine Ausweis-Klarnamenpflicht völlig falsch wären	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/6e29b9d9-70b3-432c-bb37-1ddd8e07ddad/Erlaubte-Meinung_-Wir-lehnen-Zensurwuensche-ab.pdf
2	Erlaubte Meinung: Die Meinungsfreiheit wird in der Europäischen Union unterdrückt	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/7aeba1bb-cf31-40c6-88e5-6b59972f2c03/Erlaubte-Meinung_-Die-Meinungsfreiheit-wird-in-der-Europaeischen-Union-unterdrueckt.pdf
3	Erlaubte Meinung: Die Meinungsfreiheit und Abstimmungsfreiheit von Bundestagsabgeordneten sind reduziert	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/a354d1a7-f7cf-4318-8170-5b6754f39e0d/Erlaubte-Meinung_-Die-Meinungsfreiheit-und-Abstimmungsfreiheit-von-Bundestagsabgeordneten.pdf
4	Erlaubte Meinung: Die Ergebnisse der Enquete-Kommission ‘Corona’ sind erschreckend!	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/17eb6e6b-bf22-4b68-9def-eb189e0dfbd0/Erlaubte-Meinung_-Die-Ergebnisse-der-Enquete-Kommission-Corona-sind-erschreckend-NEU.pdf
5	Erlaubte Meinung: Die Nachweispflicht nach dem Masernschutzgesetz – Der Staat bestraft die Kinder	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/625ea518-4065-4c42-9b9c-371415918061/Erlaubte-Meinung_-Die-Nachweispflicht-nach-dem-Masernschutzgesetz-%E2%80%93-Der-Staat-bestraft-die-Kinder.pdf
6	Erlaubte Meinung: § 188 StGB muss abgeschafft werden!	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/3aff9348-902b-48dd-9282-d62c2af12912/Erlaubte-Meinung_-%C2%A7%E2%80%AF188-StGB-muss-abgeschafft-werden.pdf
7	Erlaubte Meinung: Es darf keine einzige Hausdurchsuchung mehr stattfinden, wenn die Hausdurchsuchung eine schlimmere Bestrafung darstellt als das mögliche Gerichtsurteil	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/dae3c964-3d1d-4d78-83a9-6dd8f9f2e1a8/Erlaubte-Meinung_-Es-darf-keine-einzige-Hausdurchsuchung_1.pdf
8	Erlaubte Meinung: Der Satz „Im Zweifel für den Angeklagten“ muss in Gerichtsverfahren ein hohes Gewicht erhalten	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/2e751cf1-9d2b-4797-8c37-d34675513718/Erlaubte-Meinung_-Der-Satz-Im-Zweifel-fuer-den-Angeklagten.pdf

Nr.	Titel	Link
9	Erlaubte Meinung: Verschwörungstheoretiker ist ein ideologischer Kampfbegriff, den niemand verwenden sollte	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/77b4f7f9-fdaf-4fda-b971-8ed4710277dd/Erlaubte-Meinung_-Verswoerungstheoretiker-ist-ein-ideologischer-Kampfbegriff.pdf
10	Erlaubte Meinung: Du finanzierst den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Aber wer schützt dort die Meinungsfreiheit?	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/9284555c-b6a3-4d78-b44c-79a19a1fd4d4/Erlaubte-Meinung_-Du-finanzierst-den-oeffentlich-rechtlichen-Rundfunk.pdf
11	Erlaubte Meinung: Die Übersterblichkeit wurde zum größten Teil durch die Impfungen verursacht – Neue Studie findet Zusammenhang mit Impfungen	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/8e672853-cbbe-44ab-83bb-75aa29473ed8/Erlaubte-Meinung-Die-Uebersterblichkeit-wurde-zum-groessten-Teil-durch-die-Impfungen-verursacht.pdf
12	Erlaubte Meinung: Meinungsfreiheit ist ein wichtiger Innovationsfaktor!	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/bd7b981f-60b4-4535-b571-adf9397a85ca/Erlaubte-Meinung_-Meinungsfreiheit-ist-ein-wichtiger-Innovationsfaktor.pdf
13	Erlaubte Meinung: Bundes-Gesundheitsminister Lauterbach und die erstaunliche Stabilität seiner Fehleinschätzungen	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/1a31cd8b-971b-4aa3-b0b9-6af839ae312d/Erlaubte-Meinung_-Bundesgesundheitsminister-Lauterbach-und-die-erstaunliche-Stabilitaet-seiner-Fehler.pdf
14	Erlaubte Meinung: Der Gesundheitsminister der USA, Robert F. Kennedy, hat Recht!	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/5dd1728f-41b8-4e35-aa7a-5aed097be3c0/Erlaubte-Meinung_-Der-Gesundheitsminister-der-USA-Robert-F-Kennedy-hat-Recht.pdf
15	Erlaubte Meinung: Die politische Werbefreiheit im Internet auf dem Scheiterhaufen – Der Gesetzentwurf	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/a23f602c-748e-47e2-884e-6fcc35a88c83/Erlaubte-Meinung_-Die-politische-Werbefreiheit-im-Internet-auf-dem-Scheiterhaufen.pdf
16	Erlaubte Meinung: Justizministerin Marion Gentges und der Leiter der Staatsanwaltschaft Stuttgart, Dr. Joachim Dittrich, müssen zurücktreten	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/bf5959a4-144b-4b4d-bac0-534225fc5a58/Erlaubte-Meinung_-Justizministerin-Marion-Gentges-und-der-Leiter-der-Staatsanwaltschaft-Stuttgart.pdf
17	Erlaubte Meinung: Justizskandal in Baden-Württemberg – Michael Ballweg im Gefängnis	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/a989f2cf-91be-4567-92dd-cadd26e25cec/Erlaubte-Meinung_-Justizskandal-in-Baden-Wuerttemberg-%E2%80%93-Michael-Ballweg-im-Gefaengnis.pdf

Nr.	Titel	Link
18	Erlaubte Meinung: Warum viele Impfpflichter ihren Schaden als „Long Covid“ tarnen	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/5db45a5d-9968-4f36-a9ab-3330c1d80aa2/Erlaubte-Meinung_-Warum-viele-Impfpflichter-ihren-Schaden-als-Long-Covid-tarnen.pdf
19	Erlaubte Meinung: Warum die Brandmauer gegen die AfD unsinnig ist!	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/bde09497-267b-402a-b04c-0c8d64548e99/Erlaubte-Meinung_-Warum-die-Brandmauer-unsinnig-ist.pdf
20	Erlaubte Meinung: Es war eine koordinierte Propaganda-Kampagne der HateAid gGmbH, einer Vorfeld-Organisation der Grünen	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/9dd62554-d0f0-4d47-947a-41574bd33111/Erlaubte-Meinung_-Es-war-eine-koordinierte-Propaganda-Kampagne.pdf
21	Erlaubte Meinung: Das Bundesjustizministerium hat gelogen	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/aa8c12cb-c46f-4fd9-802d-ef21699edc3c/Erlaubte-Meinung-Das-Bundesjustizministerium-hat-gelogen.pdf
22	Erlaubte Meinung: Gesinnungsprüfung beim Hauskauf? Was im BauGB-Entwurf steht – und warum es verfassungswidrig ist	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/eae3c25-0eb0-428d-a6fd-bc014b17c315/Erlaubte-Meinung_-Gesinnungspruefung-beim-Hauskauf-final_1.pdf
23	Erlaubte Meinung: Der große Vergleich Deutschland/Schweden – Wer kam besser durch die Covid19-Pandemie und woran lag das?	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/63ea5e4c-3fdd-4ea3-96f0-331862e8f04d/Erlaubte-Meinung_-Vergleich-Deutschland-Schweden-final.pdf
24	Erlaubte Meinung: Kritik an der staatlichen Finanzierung politisch agierender NGOs	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/f9486c0f-cfcd-407b-9cbb-04a1923df7d0/Erlaubte-Meinung_-Kritik-an-der-staatlichen-Finanzierung-politisch-agierender-NGOs.pdf
25	Erlaubte Meinung: Der koordinierte Angriff der EU-Kommission auf die Pressefreiheit	https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/47794bbd-4c3c-473e-94cd-2bd458609968/Erlaubte-Meinung-Der-koordinierte-Angriff-der-EU-Kommission-auf-die-Pressefreiheit.pdf

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/> | Stand: 7. Juli 2026

Weitere Artikel folgen.

Stand: 07.07.2026.

BITTE KOPIEREN UND VERBREITEN:

Dieser Text und die Satire-Abbildungen stehen – soweit keine Rechte Dritter betroffen sind – unter der Public-Domain-Widmung CC0 1.0. Das bedeutet: Die Nutzung ist nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht.

Sie dürfen den Inhalt oder die gesamte Datei ohne Rückfrage kopieren, teilen, abdrucken, veröffentlichen, übersetzen und weiterverbreiten, auch zu kommerziellen Zwecken.

Je häufiger dieser Text weitergegeben wird – in sozialen Medien, auf Webseiten, in Zeitungen, Zeitschriften oder Newslettern – desto besser für die **Förderung der Diskussion über die Meinungsfreiheit** in Deutschland und der Europäischen Union.

Rechte Dritter (z. B. Marken-, Zitat-, Persönlichkeitsrechte) bleiben unberührt.